



Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 23. März 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Sitzung des Europäischen Rats – Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft:** Am Donnerstag dieser Woche wird die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel abgeben. Schwerpunkte des Rates werden die neue europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020, Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) sowie Maßnahmen im Anschluss an die Klimakonferenz von Kopenhagen sein.

Der Europäische Rat soll sich dabei auf einen allgemeinen Rahmen der neuen Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung einigen, die die bisherige Lissabon Strategie ablöst. Gleichzeitig sollen die Strukturen zur Steuerung der Strategie festgelegt werden. Desweiteren wird eine Einigung auf eine begrenzte Anzahl von EU-Zielen angestrebt, die später in differenzierte nationale Zielvorgaben übertragen werden sollen.

Der Europäische Rat wird zusätzlich eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ziehen. Dabei werden die Themen Finanzaufsicht und Finanzmarkt-

regulierung besonders berücksichtigt. Im Übrigen dient die Ratstagung auch der Vorbereitung auf den im Juni in Kanada bevorstehenden G20 Gipfel.

In Sachen Klimaschutz wird der Rat die Lage nach der Klimakonferenz in Kopenhagen sowohl bezüglich des Verhandlungsprozesses als auch hinsichtlich der Beziehungen der Union zu Drittstaaten evaluieren.

- **Durchbruch bei der Jobcenter-Neuorganisation – Gute Entscheidung für Arbeitsuchende:** Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte. Im Regelfall wirken Bund und Länder in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammen. Entsprechend der bisherigen Haltung unserer Fraktion und entgegen dem ursprünglichen Wunsch der SPD ist für diese gemeinsamen Einrichtungen nunmehr keine Verkörperschaftung vorgesehen. Die Zuständigkeiten der Geschäftsführung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden. Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatte die Union sich immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten. Die notwendige GG-Änderung beschränkt sich in einem neuen Artikel 91 e GG auf die wesentlichen Aussagen zur verfassungsmäßigen Absicherung der Mischverwaltung in gemeinsamen Einrichtungen und der Möglichkeit der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Ausnahmmodell der Option. Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.

II. Die Woche im Parlament:

- **Bundeskanzlerin Angela Merkel** wird zum bevorstehenden **Europäischen Rat am 25./26. März 2010 in Brüssel** eine **Regierungserklärung** abgeben. Der Europäische Rat wird sich im Schwerpunkt mit der neuen europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020) sowie mit Überlegungen zu Konsequenzen und Maßnahmen im Anschluss an die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 beschäftigen. Der Europäische Rat wird zudem eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ziehen.
- In dieser Woche steht die **Wahl des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages** an.
- Die Bundesregierung stellt in dieser Woche den **Jahresabrüstungsbericht 2009** vor, in dem traditionell Bilanz der Abrüstung und Rüstungskontrolle des vergangenen Jahres gezogen wird. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen **Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen** fordern wir die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und für dieses Ziel eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen in Gang zu setzen.
- In erster Lesung steht das **Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** an. Mit ihm soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik umgesetzt werden. Freiflächenanlagen sollen künftig vor allem auf wirtschaftlichen und militärischen Konversionsflächen entstehen. Nutzungskonkurrenzen mit der Nahrungsproduktion werden damit verhindert. Um den weiteren Ausbau der Photovoltaik zu ermöglichen, wird das Ausbauziel verdoppelt.

- Der **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten** soll die bestehende EG-Richtlinie über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten ablösen. Er verfolgt das Ziel, die Biozidgesetzgebung den neuesten politischen Entwicklungen anzupassen, Schwächen und Probleme der geltenden Regelungen zu beseitigen sowie Wirkstoff- und Zulassungsverfahren zu vereinfachen und zu harmonisieren. Der Vorschlag wird in seiner jetzigen Ausgestaltung der beschriebenen Zielsetzung nicht vollumfänglich gerecht. Die Koalitionsfraktionen werden mit einem Entschließungsantrag Nachbesserungen fordern. Dies betrifft das gemeinschaftliche Zulassungsverfahren und den Bereich der Ausschlusskriterien.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Menschenrechte weltweit schützen** benennt die zentralen Handlungsfelder bzw. Forderungen der Menschenrechtspolitik der christlich-liberalen Koalition. Diese sind u.a. die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Todesstrafe und Folter, die Bekämpfung von Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel (Zwangsprostitution), der Schutz von Frauen (Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde etc.) und Kindern (Kinderarbeit, Kindersoldaten) – besonders in Kriegs- und Krisengebieten sowie die Freiheit vor Diskriminierung. Weiter fordern wir die Durchsetzung der Religionsfreiheit. Dabei stellen wir fest, dass von religiös motivierter Verfolgung Christen besonders betroffen sind.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Haiti eine langfristige Wiederaufbauperspektive geben** zielt darauf ab, nach dem schweren Erdbeben das VN-Engagement in Haiti den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um einen Wiederaufbau selbsttragender Sicherheitsstrukturen zu unterstützen und den Übergang zwischen der humanitären Soforthilfe, der Nothilfe, dem Wiederaufbau und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit lückenlos zu gestalten. Wesentliche Elemente, um beim Wiederaufbau eine tragfähigere Situation als vor dem Erdbeben zu erreichen, sieht der Antrag in der Wiederherstellung der Infrastruktur, der Grundlegung eines funktionierenden Staats-

wesens, im Ausbau der Katastrophenvorsorge sowie der langfristigen Ernährungssicherung. Mit dem Antrag unterstützen wir die Bundesregierung mit Blick auf die internationale Wiederaufbaukonferenz am 31. März 2010 in New York.

- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern** zielt darauf ab, anlässlich der Wahlen am 11. April 2010 im Sudan einen Rahmen für die politische und öffentliche Diskussion zu setzen. Der Antrag fasst die Entwicklung und Situation im Sudan vor den Wahlen zusammen und fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der deutschen Außen- und Menschenrechtspolitik auf die oben genannten Ziele hinzuwirken.

III. Daten und Fakten

- **Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil:** Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

- **Exportrückgang schwächt sich ab:** Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Milliarden Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken.

Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Milliarden Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Milliarden Euro sanken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (- 14,0%).

Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Milliarden Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Schulbücher vermitteln einseitiges Bild von wirtschaftlichen Themen:** Ökonomische Bildung wird in unseren Schulen nur unzureichend und teilweise einseitig vermittelt. Das ergab eine Untersuchung von 43 Schulbüchern der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählt wurden gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Erdkunde, Geschichte und Politik. Einige Schlüsselbegriffe tauchen gar nicht auf, andere wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Markt“ oder „Wettbewerb“ werden nur gestreift, aber nicht umfassend erklärt und vermittelt.

Auch die Bedeutung von Unternehmern für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleibt unterbelichtet. Zudem werden dominierende Themen wie Globalisierung oder Strukturwandel oft ausschließlich negativ dargestellt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)